

Nordkorea verspricht ewige Unterstützung für Russlands Maßnahmen zur Verteidigung der Souveränität

30.11.2024

Kim Jong-un bezeichnete den Oreschnik-Schlag auf Dnjepropetrowsk als "angemessene und wirksame Maßnahme" zur Warnung der Ukraine, der USA und des Westens. Er versicherte, dass die DVRK die Maßnahmen Russlands zur Verteidigung der Souveränität "immer unterstützen" werde.



Die DVRK wird die Maßnahmen Russlands zur Verteidigung seiner Souveränität und territorialen Integrität im Rahmen der Bekämpfung "imperialistischer Hegemonialintrigen" dauerhaft unterstützen. Dies erklärte der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un, wie die *Koreanische Zentrale Telegrafagentur* [berichtete](#).

Kim Jong-un empfing am 29. November in Pjöngjang eine russische Delegation unter der Leitung von Verteidigungsminister Andrei Beloussow. Während des Treffens äußerte sich der Staatschef zum russischen Angriff mit einer Oreschnik-Rakete auf eine Anlage in Dnjepropetrowsk (ukrainisch: Dnjpr). Diese war eine Reaktion Russlands auf westliche Langstreckenwaffenangriffe auf sein Territorium.

Das nordkoreanische Staatsoberhaupt bezeichnete den Schlag als "angemessene und wirksame Maßnahme", um den USA, dem Westen und der Ukraine den Ernst der Lage und Russlands "Willen zu harten Gegenmaßnahmen" zu verdeutlichen.

Kim Jong-un versicherte auch, dass die nordkoreanische Regierung, die Armee und das Volk "die Politik der Russischen Föderation, die bereit ist, die Souveränität und territoriale Integrität des Staates zu verteidigen und sich imperialistischen Hegemonialintrigen zu widersetzen, weiterhin standhaft unterstützen werden".

Die Genehmigung der ukrainischen Langstreckenangriffe tief in Russland durch den Westen bezeichnete Kim Jong-un als direkte militärische Intervention in den Konflikt. Die DVRK betrachte Moskaus Vergeltungsmaßnahmen, durch die "die feindlichen Kräfte teuer dafür bezahlen", als Ausübung des Rechts auf Selbstverteidigung.

Das nordkoreanische Staatsoberhaupt zeigte sich besorgt über die Eskalation in der Ukraine und machte die USA dafür verantwortlich: Ihr Vorgehen, so Kim Jong-un, verlängere den Konflikt, und die Weltgemeinschaft sollte dieses verurteilen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte den Oreschnik-Schlag am 21. November angekündigt. Dieser sei "gegen eine der Einrichtungen des ukrainischen Verteidigungsindustriekomplexes" in Dnjepropetrowsk erfolgt, sagte er. Der Präsident wies darauf hin, dass die Waffe als Reaktion auf die Einschläge von Waffen aus US-amerikanischer und britischer Produktion auf dem Territorium des Landes – ATACMS- und Storm-Shadow-Raketen auf militärische Einrichtungen in den Gebieten Brjansk und Kursk – eingesetzt wurde.

Putin erlaubte daraufhin die Oreschnik-Schläge auf Entscheidungszentren in Kiew. Ihm zufolge werden mögliche Ziele auf ukrainischem Territorium nun vom russischen Verteidigungsministerium und Generalstab in Augenschein genommen.

Oberst widerspricht Kanzler: Keine Beweise für Fronteinsatz der Nordkoreaner

Im Zusammenhang mit der Kiew erteilten Erlaubnis zum Einsatz langreichender westlicher Waffen auf russisches Territorium verweisen westliche Staats- und Regierungschefs stets als Rechtfertigung auf die Anwesenheit nordkoreanischer Truppen, die angeblich auf Seite der Russen kämpfen würden. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hatte kürzlich behauptet, Nordkoreaner würden in der russischen Region Kursk gegen ukrainische Truppen kämpfen.

Dem widerspricht allerdings Oberst Markus Reisner vom österreichischen Bundesheer. [Gegenüber ZDF heute](#) sagte er:

"Es gibt bis jetzt keinerlei wirkliche Beweise, dass nordkoreanische Soldaten an der Front eingesetzt sind."

Zudem würde der Fronteinsatz nordkoreanischer Soldaten militärisch keinen bedeutenden Unterschied machen. Denn Russland habe etwa 640.000 Mann entlang der Front im Einsatz. Die Zahl der Nordkoreaner sei da "verschwindend gering".

Putin hat die westlichen Berichte über die nordkoreanischen Soldaten weder bestätigt noch dementiert. Er betonte, dass es allein Sache der beiden Länder sei, zu entscheiden, wie sie ihre gegenseitigen Verpflichtungen aus ihrem Beistandsabkommen erfüllen wollen. Andere russische Vertreter hatten jedoch die Behauptung zurückgewiesen, nordkoreanische Soldaten würden sich an Kampfeinsätzen beteiligen.

Gleichzeitig bezeichnete Nordkorea die westlichen Behauptungen als Versuch, das Image des Landes auf der internationalen Bühne zu beschädigen.